

Offener Brief und Stellungnahme der Wahlmuslime zum Entwurf des Islamgesetzes

An die Österreichische Bundesregierung

An Herrn Bundespräsident Dr. Heinz Fischer, heinz.fischer@hofburg.at

An Herrn Bundesminister Dr. Josef Ostermayer, kultusamt@bka.gv.at,

An Herrn Bundesminister Sebastian Kurz, sebastian.kurz@bmeia.gv.at

An das Präsidium des Nationalrats, begutachtungsverfahren@parlament.gv.at

per E-Mail

Wir haben den Islam angenommen und akzeptieren keine Diskriminierung

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Fischer,

sehr geehrter Herr Bundesminister Ostermayer,

sehr geehrter Herr Bundesminister Kurz,

sehr geehrte Damen und Herren,

als Regierungsvertreter haben Sie den **sozialen Frieden in der österreichischen Gesellschaft** zu garantieren. Mit wachsender Sorge beobachten wir die zunehmende Islamophobie in Österreich, die nun in einem Islamgesetz indirekt festgeschrieben werden soll.

Wir fordern als Österreicher, Europäer und Muslime, dass in Österreich deutliche Zeichen gesetzt werden, wonach der Islam eine gleichwertige Religion und die **Muslime ein gleichberechtigter Teil der österreichischen Gesellschaft** sind. Daher ist unter anderem der **§ 2, Absatz 3 aus dem Gesetzesentwurf zu streichen**. Der Inhalt ist eine Selbstverständlichkeit und die explizite Erwähnung im Islamgesetz schreibt den Generalverdacht fest, dass die Muslime die staatlichen Normen nicht beachten würden. In § 15 sind (nach einer angemessenen Übergangsfrist) entsprechende **Lehrstühle** festzuschreiben, deren Besetzung in Absprache mit der IGGiÖ stattfinden muss, bzw. der IGGiÖ ein Einspruchsrecht zusteht. Bezuglich der **Finanzierung** müssen auch die muslimischen Gegebenheiten berücksichtigt werden, nämlich dass es zum Beispiel keine Steuern gibt, die der IGGiÖ zufließen und dass es kaum eine öffentliche Förderung gibt. Den Gemeinden und unabhängigen Vereinen müssen geeignete Möglichkeiten offen stehen, um sich finanzieren zu können. Die im Gesetz vorgesehenen Einschränkungen werden neben den unten genannten sozialen Gefahren auch negative wirtschaftliche Auswirkungen haben. Auch die **Unmöglichkeit einer Einheitsübersetzung für Quran und Hadith** muss zur Kenntnis genommen werden. Der Quran (mündliche Rezitation) ist seit Beginn der Hinabsendung unverändert geblieben. Jede Übersetzung ist eine Interpretation und schränkt das Original ein. Manche Übersetzer versuchen die hohe sprachliche Qualität wiederzugeben, andere hauptsächlich den fachspezifischen Inhalt ... und beides brauchen wir.

Wir, die Unterzeichnenden, haben alle den Islam angenommen, weil uns die direkte Beziehung zu Gott, ohne irgendeinen Vermittler, **als freie Menschen** anspricht. Diese Freiheit wurde uns in Ihrer und unserer (!) Kultur vermittelt, in der wir aufgewachsen sind. Wir Muslime haben auch die Sitten und Gebräuche der Kulturen zu akzeptieren, in denen wir leben, es sei denn, sie würden eindeutigen Normen des Islam widersprechen. Hier haben wir „Wahlmuslime“ eine wichtige Brückenfunktion. Viele **Menschrechte** finden sich ebenfalls seit über 1.400 Jahren in Quran und Sunna.

Die tägliche Ausgrenzung von Minderheiten in Österreich birgt **gewaltigen sozialen Zündstoff**: die Zunahme von Rechtsradikalismus, Kriminalität und das Überlaufen zu Terroristengruppen in den arabischen Ländern haben alle die gleichen gesellschaftlichen **Ursachen: Ausgrenzung, wenig Bildung**, keine Zukunftsperspektive, Orientierungslosigkeit ... nur hier kann das Übel an der Wurzel gepackt werden. **Gleichstellung, Wertschätzung**, Anerkennung und gute Bildung (auch im Islam!!) sind Voraussetzung für ein friedliches Miteinander der künftigen Generationen. Hierzu sollten auch

alle Angehörigen der Weltreligionen an einem Strang ziehen und der Jugend wieder Werte vorleben und **sinnvolle Orientierung anbieten**.

Die **Medien** haben einen sehr großen Einfluss auf die öffentliche Meinung zum Islam. Es wird dazu seit Jahren zunehmend fremdenfeindlich, rassistisch und tendenziös berichtet und so ein **islamisches Feindbild aufgebaut**. Aufgrund der schrecklichen Ereignisse im Nahen Osten hat sich diese Tendenz noch verstärkt. Deshalb sollte die Regierung gemeinsam mit der Islamischen Glaubensgemeinschaft und den Muslimen bemüht sein, die tatsächlichen islamischen Werte in der Öffentlichkeit publik zu machen und nicht Fronten in Österreich schaffen. Wenn unsere Mitbürger erkennen, dass die islamische Lehre Gewalt ablehnt, aber **ein friedliches Leben** zum Wohl der gesamten Gesellschaft den **Grundwerten des Islam entspricht**, wird das Feindbild auf beiden Seiten verschwinden.

Weder Muslime, noch andere Minderheiten oder Gruppen, wie Behinderte, Christen, Juden, Schwarze, Bettler, Roma oder auch die Deserteure im 2. Weltkrieg, sind eine Gefahr oder Bedrohung, sondern sie sind alle ein **sinnvoller Teil** von ihr. Dies muss auf vielfältige und überzeugende Weise unseren Mitbürgern vermittelt werden, unabhängig von Wahlterminen.

Wir möchten gemeinsam in einer friedlichen und lebendigen Gesellschaft in Österreich leben. Wir nehmen gerne daran teil und zeigen das auch durch vielfältiges ehrenamtliches Engagement. Hier soll es für uns keine Behinderungen geben.

Bitte nehmen Sie Ihre Verantwortung als Repräsentanten und Funktionsträger des österreichischen Volkes und Österreichs uns gegenüber wahr und überarbeiten/verhandeln Sie den Gesetzesentwurf von Grund auf neu, gemeinsam mit kompetenten Vertretern der Muslime.

Mit bewegten Grüßen

Hofrat Liz. Mohammad Yusuf Matuska, (Österr.)Konsul i.R., Muhammad Ismail Suk, Dipl.-Kff. Petra Klier, Ing. Dieter Braustein, Karola Khan, geb. Müller, Claudia Halima Majneri, BEd. Imelinga Rusitzka, Mag. Frank Abdullatif Bornemann, Ing. Evelin El Said, geb. Kastner, Iris Al-Khawaja, Diana-Marlen Post-Gürol, Ulrike Blaim, Sabrina Klokic, Mag. Dr. Tibor Altenberger, Irene Ansari, geb. Bachofen, Eveline Elwan, geb. Fleischl, Nicola Rumpel-Elmoukhantir, Mag. Andrea Pflügl, Aischah (Renate) Ullmann, MA BEd Dipl. Päd. Angela Himsl, Helmut (Hamzah Burak) Tvaruzek, Daniela Bach